

ABZOCKERINITIATIVE

# SVP läuft mit ihrem Vorschlag auf

Abzocker-Initiative		Direkter Gegenvorschlag
Aktionäre können überhöhte Boni-Zahlungen an Verwaltungsrat und Geschäftsleitung nachträglich zurückfordern, wenn diese in einem «Missverhältnis» zur erbrachten Leistung stehen.	<b>Rückforderung</b>	Ist nicht vorgesehen. Die Generalversammlung soll aber festlegen, wann Boni ausbezahlt werden dürfen.
Aktionäre bestimmen jährlich den Gesamtbetrag für den Verwaltungsrat.	<b>Vergütungen</b>	Aktionäre bestimmen jährlich den Gesamtbetrag für den Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und den Beirat.
Jährlich, sofern Statuten nichts anderes vorsehen (maximale Frist: drei Jahre).	<b>Wiederwahl Verwaltungsrat</b>	Jährlich.
«Grundsätzlich» verboten. Aber Ausnahmen sind möglich.	<b>Goldene Fallschirme und Antrittsprämien</b>	Verboten. Keine Ausnahmen.
Organ- und Depotstimmrecht werden abgeschafft. Nominee-Modell möglich.	<b>Stimmrechtsvertretung</b>	Organ- und Depotstimmrecht werden abgeschafft. Kein Nominee-Modell.

**Die Angst vor einem Ja zur Abzockerinitiative macht dem Parlament Beine: Nach langem Hin und Her hat es sich zu einem mehrheitsfähigen direkten Gegenvorschlag durchgerungen. Die SVP lief mit ihren Forderungen ins Leere.**

Das Stimmvolk wird mit der Abzockerinitiative voraussichtlich auch über einen direkten Gegenvorschlag abstimmen. Politiker verschiedener Parteien rechnen fest damit, dass die gestern von der nationalrätlichen Rechtskommission (RK) verabschiedete Vorlage in ihren Kernpunkten (siehe Grafik) im Parlament mehrheitsfähig ist. Für eine Zustimmung spricht auch die

deutliche Ja-Mehrheit von 18 zu 8 Stimmen zum direkten Gegenvorschlag in der RK.

**Parteitaktisches Geplänkel**

Etwas paradox scheint, dass die Kommission mit 16 zu 9 Stimmen gleichzeitig ein Ja zur Abzockerinitiative empfiehlt. Das zeigt, dass der direkte Gegenvorschlag auch das Ergebnis parteitaktischer Ränkespiele ist. So dürfte die SVP nicht nur aus politischer Überzeugung gemeinsam mit Initiant Thomas Minder keinen direkten, sondern einen indirekten Gegenvorschlag angestrebt haben: Damit hätte sie die Abstimmung über die Abzockerinitiative bis kurz nach den Wahlen 2011 verzögern können. Die SVP hätte so im Wahlkampf den unbequemen Spagat vermieden: Ihr Wunsch, sich als

Wirtschaftspartei zu positionieren, läuft dem Unmut der Parteibasis zuwider, die allzu gerne gegen Abzocker vorgehen würde. Zudem könnte SVP-Strategiechef Christoph Blocher selber unter Druck geraten, da er bei früheren Aktivitäten ebenfalls hohe Entschädigungen kassierte. Oder in den Worten von SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (BL): «Christoph Blocher gehört auch zur Gilde der Abzocker.» Den Plan der SVP haben andere Parteien nun zunichtegemacht, die Abstimmung dürfte vor den Wahlen stattfinden.

Die SP war nach dem Deal zwischen SVP und Minder wie ein begossener Pudel dagestanden. Anstatt im Windschatten der SVP mitzufahren, bot sie schliesslich der CVP Hand für ei-

nen direkten Gegenvorschlag, den nun sogar die FDP unterstützt. Da weite Bevölkerungsteile mit der Abzockerinitiative sympathisieren, hat der Freisinn seinen Mut verloren – ursprünglich wollte er dem Volksbegehren gar keinen Gegenvorschlag gegenüberstellen.

CVP-Nationalrat Norbert Hochreutener (BE) wie auch FDP-Nationalrätin Christa Markwalder sind überzeugt, dass der direkte Gegenvorschlag im Parlament mit einzelnen Korrekturen eine Mehrheit findet. Die Kernfragen seien unbestritten, betont Hochreutener.

**SP hat nun die Wahl**

Susanne Leutenegger Oberholzer wäre es «egal», wenn das Parlament die Vorlage noch korrigieren oder aufweichen würde.

Denn je nach Ergebnis kann die SP – die sich nun als Siegerin der parteitaktischen Auseinandersetzungen fühlt – entweder den direkten Gegenvorschlag oder wie zuerst vorgesehen auch die Abzockerinitiative unterstützen.

Speziell am neuen Vorschlag der Rechtskommission ist, dass Aktionäre überhöhte Bonizahlungen zurückfordern können – die Initiative sieht das so nicht vor (siehe Grafik).

Viel zu wenig weit geht die Kompromisslösung dem Initianten Thomas Minder. Laut Communiqué kommt der direkte Gegenvorschlag «einem Schwamm gleich, der null und nichts gegen die Abzockerei erreichen wird». Zwar habe die RK etliche seiner Forderungen übernommen, sie aber gleich wieder verwässert. **BERNHARD KISLIG**

## GESAGT

«Die Freiheit, ethische und politische Herausforderungen zu benennen und zu beurteilen, hätte ich in Zukunft nicht mehr so, wie ich sie hatte.»

Die deutsche Bischöfin **Margot Kässmann** erklärte ihren Rücktritt, nachdem sie beim Fahren unter Alkoholeinfluss erwischt worden war.

«Die grosse Masse der Muslime in der Schweiz ist auf Gemeindeebene sehr gut eingebunden, der Dialog mit den lokalen Behörden funktioniert gut, selbst im Kanton Zürich, der Hochburg der SVP.»

Der Schweizer Islamwissenschaftler **Tariq Ramadan**.



**Vivienne Westwood** Keystone

«Kauft keine Kleider mehr!»  
 Sagt eine, die vom Kleiderverkauf lebt: Modeschöpferin **Vivienne Westwood** geisselt die Verschwendementalität.

«Das war kein regionaler. Nicht mal ein kantonaler. Nein, Caminada hatte einen eidgenössischen Suff. Ein weltmeisterliches Horn!»

Der Bieler Fasnächtler **Claudio Antonioni** erinnert sich an den Grad der Trunkenheit des Bieler Eishockeygoalies Pascal Caminada. Dieser hatte vor dem Kongresshaus randaliert.

«Ich hatte mir die Zehen abgeschnitten, um mich einmal wie Aschenputtel zu fühlen. Und jetzt habe ich eine Zehenprothese.»

Waren das nicht die bösen Stiefschwester? Die dänische Sängerin **Aura Dione**.

**Quellen:** dpa, Tages-Anzeiger, Basler Zeitung, Blick, Spiegel online, 20 Minuten.



KOLUMNE

## REINER EICHENBERGER

ist Professor am Seminar für Finanzwirtschaft der Universität Freiburg

# Aktionärsdemokratie ist nötig

**WAS KANN GEGEN UNSINNIGE** Manager- und Verwaltungsratsgehälter getan werden? Sowohl die Abzocker-Initiative von Thomas Minder und der Blocher-Minder-Pakt als auch die laufende Aktienrechtsreform zielen zu Recht auf die Stärkung der Aktionärsdemokratie. Mit Blocher-Minder sollen die Aktionäre künftig jährlich die Verwaltungsräte wählen sowie über die Gesamtsumme der Löhne und Boni für die Verwaltungsräte und die Geschäftsleitung abstimmen.

**DOCH SO PEPPIG** DIE VORSCHLÄGE wirken, so wenig bringen sie in der Praxis. Genau genommen nämlich weder die Abzocker-Initiative noch Blocher-Minder und erst recht nicht der bundesrätliche Vorschlag zur Aktienrechtsreform viel mit wirksamer Aktionärsdemokratie zu tun. Das zeigt der Vergleich zur Politik, wo die Bürger gegenüber der Regierung genau das gleiche Kontrollproblem wie die Aktionäre gegenüber der Unternehmensführung haben. In der Politik bedeutet Demokratie vor allem eines: Wettbewerb zwischen Politikern und Parteien um die Stimmen der Bürger. Wirksamen Wettbewerb gibt es aber nur, wenn die Bürger zwischen verschiedenen Parteien,

Politikern und Politikvorschlägen wählen können.

**SO WOHLEHEISSIG** HEUTIGE als auch eine mit Minder oder Blocher-Minder reformierte Aktionärsdemokratie funktioniert aber völlig anders. Die Wahlen der Verwaltungsräte und des externen Kontrollorgans zur Rechnungsprüfung sowie die Gehaltsabstimmungen sind keine Kampfwahlen, sondern nur Bestätigungswahlen. Die Aktionäre können nur für oder gegen den jeweiligen Kandidaten und Gehaltsvorschlag stimmen. Die neuen Verwaltungsräte, das Rechnungsprüfungsorgan und die Gehaltspakete werden vom Verwaltungsrat vorgeschlagen, oft sogar auf Empfehlung des Topmanagements. Deshalb gibt es heute wie auch mit Minder oder Blocher-Minder kaum echten Wettbewerb um die Stimmen der Aktionäre, deshalb haben die normalen Aktionäre kaum Einfluss, und deshalb hat der Verwaltungsrat einen enormen Spielraum. Wenn solche Verhältnisse in der Politik herrschen würden, würde kaum jemand von Demokratie sprechen.

**FÜR EINMAL MUSS ALSO NICHT** die Politik von der Wirtschaft lernen, sondern die Wirtschaft

von der Politik. Entscheidend ist, dass die Aktionäre endlich über konkrete Alternativen abstimmen können. Mit Blocher-Minder würden die Aktionäre gefragt: «Der Verwaltungsrat schlägt als Gesamtsumme der Entschädigungen 100 Millionen vor. Sind sie damit einverstanden?» Bei solchen Fragen kommt wenig Kluges heraus. Richtig muss gefragt werden: «Soll die Entschädigung 100 oder 90 Millionen sein», und wenn dann 90 herauskommt, muss schon nur eine kleine Gruppe von Aktionären auch noch 85 Millionen traktandieren können. So kämen die Löhne schnell dorthin, wo sie aus Sicht der Aktionäre hingehören.

**WIRKSAME AKTIONÄRSDEMOKRATIE** lebt von solchen Kampfwahlen und Kampfabstimmungen. Die gibt es nur, wenn es erstens bei den Verwaltungsratswahlen mehr Kandidaten als Sitze gibt, zweitens bei der Wahl des externen Kontrollorgans die Aktionäre wenigstens zwischen zwei Rechnungsprüfungsfirmen wählen können, und drittens die Aktionäre leicht alternative Gehaltsvorschläge zur Abstimmung bringen können.

kolumne@bernerzeitung.ch

**«Hände weg von unseren Renten!»**

**NEIN zum Rentenklau**

Abstimmung vom 7. März 2010 zur Senkung des BVG-Umwandlungssatzes